26a. XXXIV. Jahrgang

Parlaments-Ausgabe

Berlin, 15. Januar 1903

Berliner Tageblatt

Haus der Abgeordneten.

117. Sitzung vom 14. Januar.

Nach der im Abendblatt bereits mitgeteilten Rede des Abg. Limburg-Stirum hielt Graf Bülow, wie wir ebenfalls schon meldeten, eine längere Rede, die wir in Ergänzung der ausziglichen Mitteilungen im Abendblatt nachstehend im Wortlaut wiedergeben:

Ministerpräsident Graf **Bülow:**

Meine Herren! Von den beiden Vorrednern aus dem Hause ist die **Frage der Handelsverträge** berührt worden. Der Abg. Graf Limburg hat von einer bitteren Enttäuschung gesprochen. Seit ich das letzte Mal die Ehre hatte, in diesem hohen Hause zu erscheinen, ist es uns gelungen, nicht ohne Ueberwindung sehr großer Schwierigkeiten mit sechs auswärtigen Staaten, Italien, Belgien, Rußland, Rumänien, der Schweiz und Serbien, Handelsverträge zu vereinbaren, ein Erfolg, der bekanntlich von manchen Seiten für ausgeschlossen gehalten wurde. Mit Oesterreich-Ungarn sind die Vertragsverhandlungen soweit gefördert worden, daß es sich in den allernächsten Tagen entscheiden muß, ob wir auch mit diesem Lande zum erwünschten Abschluß kommen werden. Wenn wir die sechs fertiggestellten Handelsverträge dem Reichstage vorlegen würden, bevor die Situation mit Oesterreich-Ungarn in der einen oder anderen Richtung vollständig geklärt worden ist, so würden wir die Verhandlung mit diesem Lande in hohem Grade erschweren. Ich glaube, daß doch niemand in diesem hohen Hause sein wird, der bestreiten wird, daß der Abschluß der Handelsverträge, welche für lange Zeit hinaus die feste Grundlage für unsere wirtschaftliche und auch für unsere politische Stellung bilden sollen, ein Werk von der allergrößten Bedeutung ist. Wenn ich die Vollendung, die Fertigstellung dieses Werkes im letzten Augenblick lediglich aus dem Grunde gefährdet hätte, um die parlamentarische Behandlung der Handelsverträge um acht oder vierzehn Tage früher ermöglichen zu können, so wäre das nach meiner Ansicht unverantwortlich gewesen. (Zustimmung.) Ich hätte durch ein solches Vorgehen vielleicht hier und da für den Augenblick Beifall gefunden, ich würde aber eine sehr große Verantwortung auf mich geladen und mich für die Zukunft im berechtigten Vorwurf ausgesetzt haben, daß ich aus Ueberhäufung oder Ungeduld, oder dem Drängen einiger wir nahestehender Politiker folgend, schwerwiegende wirtschaftliche Interessen gefährdet hätte.

Die Frage der **Kündigung der Handelsverträge** wird, wie wir hoffe, ihre Lösung dadurch finden, daß wir die sechs Handelsverträge fertiggestellt haben und hoffentlich auch den siebenten in kürzester Frist unter Dach und Fach bringen werden. Eins aber muß ich jetzt sagen: Handelsverträge rasch abzuschließen, ist kein diplomatisches Kunststück. Dazu braucht man nur Konzessionen zu machen. Wenn wir aber Handelsverträge zu stande bringen wollen, mit denen unsere Landwirtschaft und auch unsere Exportindustrie leben kann, so mußte das Terrain Schritt für Schritt erobert werden.

Die wirtschaftliche Politik der verbündeten Regierungen wird von dem Bestreben geleitet, festzuhalten an den beiden bewährten Grundsätzen einerseits des Schutzes der nationalen Arbeit, andererseits der Erneuerung langfristiger Handelsverträge. Die Erfahrung der letzten zehn Jahre hat bewiesen, daß dieses Ziel im wesentlichen für Handel und Industrie erreicht ist, nicht aber für die Landwirtschaft, und daß für die Landwirtschaft eine Erhöhung des Schutzes unbedingt notwendig ist. Diese **Erhöhung des Schutzes der Landwirtschaft** soll nach der Absicht der königlichen Staatsregierung die **Signatur der neuen Handelsverträge bilden.** (Zustimmung.) Wir durften aber dabei nicht die Möglichkeit aus dem Auge verlieren, auch die Interessen von Handel und Industrie entsprechend wahrzunehmen. (Zustimmung rechts.) Ich glaube, daß die Schwierigkeiten solcher Vertragsverhandlungen an manchen Stellen ganz ungeheuer unterschätzt werden, und ich kann Sie versichern, daß die Leiter den Vertragsverhandlungen betrauten beiden Ressorts, daß die beiden maßgebenden Staatssekretäre des Inneren und des Schatzes unbedingt diligentiam prästieren, mit voller Tatkraft arbeiten und für ihre Arbeit Anerkennung verdienen, und deshalb möchte ich an dieses hohe Haus die Bitte richten, die ohnehin schwierigen Verhandlungen nicht noch schwieriger zu gestalten durch zu schroffes Drängen oder durch ein bei der gegenwärtigen Lage unmögliches Eingehen auf Einzelheiten, sondern Vertrauen zu haben in der königlichen Staatsregierung und zu den verbündeten Regierungen, daß sie bei dieser für die Zukunft des Landes so hochwichtigen Frage die Interessen des Landes und aller Erwerbsstände gewissenhaft wahrnehmen werden.

Ich muß mich jetzt mit einigen Worten wenden zu dem, was der Vorredner, der Herr Abgeordnete Herold, gesagt hat über die Ostmarkenfrage. Er hat gemeint, unsere Maßnahmen seien daran schuld, daß die gemischtsprachigen Provinzen noch nicht zur Ruhe gekommen seien. Darauf erwidere ich, daß niemand aufrichtiger die Beilegung, Ueberwindung und Ausgleichung der nationalen Gegensätze in den gemischtsprachigen Provinzen wünscht als die königliche Staatsregierung. Es ist für uns ja kein Vergnügen, uns immer wieder mit den Herren von der polnischen Fraktion herumzustreiten. Wenn man die großpolnische Agitation ruhen läßt, so wird Ruhe sein in den gemischtsprachigen Provinzen. Wenn es dahin kommt, daß die großpolnische Agitation in dankbarer Würdigung der Leistungen des preußischen Staates und des preußischen Volkes, daß sie in Erkenntnis der Unmöglichkeit, ihre Ziele durchzuführen, auf den Kampf verzichtet, daß sie die Waffen streckt, dann werden wir, ich wiederhole das, zu dieser Verständigung in den gemischtsprachigen Provinzen kommen. Solange aber auf uns geschossen wird, werden wir wieder schießen (Zustimmung) und zwar mit um so reichlicherer Munition, je unverhüllter die großpolnische Agitation ihre letzten Ziele zeigt. (Beifall.) Der Herr Abg. Herold hat gemeint, wir müßten der polnischen Bevölkerung gegenüber mehr Entgegenkommen zeigen. Darauf erwidere ich, eine hundertjährige Geschichte beweist, daß, sobald der preußische Staat diesen Weg eingeschlagen hat, den Weg der Schwäche gegenüber der großpolnischen Agitation, dies immer zu seinem größten Schaden ausgeschlagen ist. (Lebhafte Zustimmung.) Eine solche Politik der Nachgiebigkeit, der Schwäche werden wir aber nicht wieder treiben. (Erneute Zustimmung.) Während der Weihnachtstage blätterte ich in einem Buch, das vielleicht den älteren Herren unter Ihnen bekannt sein wird, in Laubes Geschichte von 1848. Da wird sehr anschaulich geschildert, wie in einer Sitzung in der Paulskirche die Abgeordneten von rechts und links eintraten für die polnischen Schmerzen, wie man einen Teil aus dem Leibe des preußischen Staates schneiden wollte, um den polnischen Hunger zu stillen. In eine solche Politik der Naivität wird das preußische und deutsche Volk nicht wieder verfallen. (Lebhafte Zustimmung.) Dafür hat es doch zu viel gelernt aus einer hundertjährigen Geschichte. Die Regierung wird der großpolnischen Agitation konsequenz entgegentreten. (Lebhafter Beifall.)

Der Herr Abg. Herold hat endlich zur Sprache gebracht den Streik im Ruhrgebiet. Der Herr Handelsminister will Ihnen die Sachlage im Ruhrgebiet im einzelnen darlegen, die in eine ernste Phase eingetreten ist. Ich möchte aber für meine Person schon jetzt das Nachstehende sagen: Bei den Streiks haben nach meiner Ansicht die Behörden eine doppelte Pflicht. Sie haben vor allen Dingen die Aufgabe, dafür einzustehen, daß unter allen Umständen die Ordnung und Ruhe aufrechterhalten bleibt, daß die Gesetze gleichmäßig und gerecht zur Anwendung gebracht werden. Sie haben ferner alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um eine Einigung herbeizuführen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Interesse des sozialen Friedens, im Interesse des Gedeihens der Industrie und des Wohles der Arbeiter. Deshalb bin ich gern bereit gewesen, die Behörden zu einer vermittelnden Tätigkeit zu veranlassen, und ich hoffe, daß alle Beamten diesen meinen Weisungen im vollen Maße und mit voller Unparteilichkeit nachkommen werden. Das setzt voraus, daß sich die Arbeitnehmer von Ausschreitungen fernhalten, daß sie sich im Rahmen der bestehenden Gesetze halten. Wir erwarten aber auch von den Arbeitgebern, daß sie den Beschwerden und Wünschen der Arbeitnehmer gegenüber Verständnis und Entgegenkommen zeigen. (Sehr gut!)

Ein allgemeiner Ausstand würde für unsere deutsche Kohlenindustrie, die für unser Verkehrsleben eine so große Bedeutung hat, eine so große Rolle spielt, schwere Nachteile nach sich ziehen. Ein solcher Ausstand würde unsere Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande beeinträchtigen und den nationalen Wohlstand schädigen. Auf der anderen Seite wird jeder wahre Freund des Arbeiterstandes die schweren Folgen beklagen, welche ein Ausstand zweifellos für die Arbeiter nach sich ziehen müßte. Bei jeder solchen Kraftprobe, möge sie nun von der einen oder anderen Seite herbeigeführt oder provoziert sein, ist in der Regel oder im besten Fall der Erfolg nur von zweifelhafter Dauer, sicher aber der augenblickliche große Schaden, die großen Opfer eines solchen Kampfes, hier in dem Verlust großer Werte, dort im Familienleben und in sinkender Lebensführung. Und deshalb schließe ich mich von ganzem Herzen der Hoffnung des Herrn Abg. Herold an, die gewiß von diesem hohen Hause ohne Ausnahme geteilt wird, daß auf beiden Seiten die besonnene Ueberlegung die Oberhand behalten und ohne schwere Kalamitäten für beide Teile und für das Land zu einer friedlichen Verständigung führen möge. (Allseitiges lebhaftes Bravo.)

Abg. Dr. **Friedberg** (natl.):

Die uns vorliegenden außeretatsmäßigen Ausgaben finden durchaus die Zustimmung meiner politischen Freunde. Man hat beim Durchlesen des Etats den Eindruck, daß der Finanzminister sich außerordentliche Mühe gegeben hat, die großen Einnahmen zu verstecken (Heiterkeit); trotzdem hat er es für nötig gehalten, zur Vorsicht zu ermahnen. Ich habe mich gefreut, daß der Finanzminister sich für die Erhöhung der Wohnungsgeldzuschüsse der unteren Beamten angesprochen hat; er hätte bei der jetzigen Finanzlage aber die Mittel dafür schon in den vorliegenden Etat einstellen können. Der Herr Finanzminister hat sich auch zur Milderung einiger Härten der Einkommensteuer bereit erklärt, andererseits will er aber dafür die Gesellschaften mit beschränkter Haftung heranziehen und ebenso die höheren Steuerstufen stärker belasten. Bei den Gesellschaften mit beschränkter Haftung dürfte aber wie bei den Aktiengesellschaften die Härte einer Doppelbesteuerung entstehen. Eine stärkere Heranziehung der höheren Steuerstufen würde auch kaum zu einer Erleichterung der unteren Stufen führen, weil durch Abwanderung der Reichen aus ärmeren Gemeinden wegen der Höhe der Kommunalsteuer gerade die Minderbemittelten wieder stärker belastet würden. Und wozu diese erhöhten Einnahmen? Steuern auf Vorrat zu bewilligen, haben wir bisher in keiner Weise nötig. (Sehr richtig! links.) Auch auf dem Gebiet der Kommunalsteuerpolitik muß sich die Regierung belätigen, um Ungleichheiten zu beseitigen. Der Finanzminister führte aus, daß wir in den letzten Jahren eine Steigerung der Einnahmen um 9 Millionen, aber eine Steigerung der Ausgaben um 20 Millionen gehabt haben. Deshab will er die Eisenbahneinnahme nicht missen. Auch wir sind der Ansicht, daß eine Verbilligung der Personentarife nicht nötig ist, sondern nur eine Vereinfachung. Danach müssen die Gütertarife, namentlich für die Massengüter, verbilligt werden. Gerade jetzt ist die Zeit dazu, damit einen Versuch zu machen, da wir jetzt einen Ausgleichsfonds der Eisenbahnverwaltung haben. Der Eisenbahnminister hat einen Dispositionsfonds von 30 Millionen, die darüber hinaus sich ergebenden Ueberschüsse könnten zunächst etwaige Ausfälle durch Tarifermäßigungen decken. Im allgemeinen müssen wir aber sagen, daß eine reinliche Scheidung zwischen den Eisenbahneinnahmen und den allgemeinen Staatsausgaben eintreten muß. Wichtige volkswirtschaftliche Interessen dürfen nicht leiden. Der Finanzminister teilte uns mit, daß die einzelnen Ressorts 164 Millionen für diesen Etat mehr angefordert hätten, als überhaupt Deckung vorhanden war. Das ist ein unmöglicher Zustand, daß die Ressorts nur möglichst viele Forderungen stellen. Der Finanzminister müßte in dieser Hinsicht von vornherein auf die Ressorts einwirken. Ob der Rückgang der Domänenpachtungen ein Barometer für die Lage der Landwirtschaft ist, ist eine Doktorfrage. Den Neuankäufen von Domänen kann man zustimmen, da sie für die Landeskultur vorteilhaft wirken können. Wir können auch den außeretatsmäßigen Fonds der Forstverwaltung von 4 Millionen für Neuankäufe von Forsten billigen. Ebenso sind wir erfreut über die Gründung von Forstlehrlingsschulen. Gewünscht hätte ich aber noch eine Aufbesserung der Förster. (Sehr richtig!) Die Förster sind zwar nach langen Bemühungen unter die Subalternbeamten eingereiht worden, aber sie bedürfen noch einer Aufbesserung ihres Gehalts. Ueber die preußischen Stempelsteuern erhalten wir eigentlich garkeine spezielleren Nachweisungen, wie es in den anderen Staaten geschieht. Solche Nachweisungen müssen uns gegeben werden. Ueber die Bergwerksverwaltung hat der Finanzminister eigentlich mit trauendem Auge gesprochen, weil die Mehreinnahmen durch die Ausgaben aufgezehrt werden. Das ist kein trauriger Zustand, da die Ausgaben durch die neu erworbenen Bergwerke verursacht sind. Eine Aktiengesellschaft würde in solchen Fällen einfach ihr Aktienkapital erhöhen. Die Kohlenpreise sind im staatlichen Saarrevier höher als die Syndikatspreise. Das läßt eigentlich darauf schließen, daß eine kaufmännische Verwaltung der Bergwerke besser ist. Vom Abg. Herold war es nicht angebracht, uns zu erzählen, was alles seine Partei für die Bergarbeiter getan hat; dazu ist die Situation zu ernst. Wir müssen alle dazu beitragen, daß der jetzige Streik beendigt wird. Wir können noch nicht beurteilen, ob berechtigte Beschwerden der Bergarbeiter vorliegen. Der Streik ist ausgebrochen unter Kontraktbruch, und ohne daß die Arbeiter Forderungen gestellt haben. Erst nach dem Ausbruch des Streiks haben sie ihre Forderungen gestellt. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Für die Steigerung der Eisenbahneinnahmen nimmt die Eisenbahnverwaltung 3 Prozent an; daß das niedrig ist, hat der Finanzminister selbst schon dargetan. Der Finanzminister glaubt jetzt an den wirtschaftlichen Aufschwung, aber es ist doch in Handel und Industrie in der letzten Vergangenheit und in der Gegenwart manche Beunruhigung gewesen. Aber mit einer Steigerung des Verkehrs können wir auf jeden Fall rechnen. Wir begrüßen im Eisenbahnetat mit Freude die Schaffung neuer Stellen und die Erhöhung der Stellenzulagen der Stationsbeamten. In unserem Verhältnis zum Reich hat die lex Stengel einige Besserung geschaffen, aber es bleibt immer noch die Sorge, wie wir die Reichsfinanzen reformieren sollen. Die Reichsfinanzen bieten im Vergleich zu den preußischen geradezu ein trostloses Bild. Die Matrikularbeiträge dürfen nicht die Grundlage der Reichsfinanzen sein. Die preußischen Matrikularbeiträge werden von unseren Eisenbahneinnahmen getragen und in Bayern von den Einnahmen aus dem Bier. Diese beiden Staaten können die Beiträge ertragen, aber die kleinen Staaten leiden schwer darunter. (Sehr richtig!) Das führende Centrum im Reichstag muß solche Konsequenzen für die Einzelstaaten bei einer Reichsfinanzreform vermeiden. Die Handelsverträge sollen nach dem Finanzminister der Landwirtschaft nutzen, aber auch der Industrie durch Feststellung der Verhältnisse auf 12 Jahre. Das allein kann der Industrie nicht genügen (Sehr richtig! links), es kommt ihr auch darauf an, wie die Handelsverträge aussehen. Insbesondere ist eine Benachteiligung der Kleineisenindustrie zu befürchten, die ich auf das lebhafteste beklagen würde. (Zustimmung links.) Verschiedene Fonds bei einzelnen Verwaltungen hat der Finanzminister erhöht, weil sich dabei bisher immer eine Etatsüberschreitung ergeben hatte. Er hofft, daß nun die Verwaltungen sparsam sein und sich innerhalb der Fonds halten werden. Ich würde es aber für besser halten, wenn die Verwaltungen für eine Ueberschreitung immer erst die Genehmigung des Finanzministers einholen müßten. Die Beispiele für Etatsüberschreitungen, die der Minister in seiner Etatsrede anführte, scheinen mir nicht begründet zu sein; wir müssen unbedingt die Einhaltung des Etats fordern. Wenn die Polen immer noch davon träumen, in einen Nationalstaat überzugehen, ein großes polnisches Reich herzustellen, so ist es Pflicht der Deutschen, sich dagegen zu wehren. Wir wollen nur, daß sie als preußische Staatsbürger fühlen und den Kampf gegen das Deutschtum einstellen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Die innere Kolonisation begrüßen wir mit Freuden, können aber nicht verkennen, daß man wirtschaftliche Schäden, wie die Abwanderung aus dem Osten, nicht durch die Bureaukratie heilen kann. (Sehr richtig! links.) Ebenso billigen wir die Schaffung des Landesgewerbeamts. Das beste Mittel, unser Handwerk zu fördern, liegt in dem genossenschaftlichen Zusammenschluß, deshalb wünschen wir für den nächsten Etat eine erhebliche Vermehrung der Mittel zur Förderung des Genossenschaftswesens. (Sehr richtig! links.) Im Justizetat erkennen wir an, daß die Vermehrung der Stellen für Richter und Staatsanwälte annähernd dem Bedürfnis entspricht, wir bedauern aber, daß noch immer nicht die Amtsgerichtssekretäre mit den Regierungssekretären gleichgestellt werden sollen. (Zustimmung links.) Bei dieser Gelegenheit bemerke ich nochmals, daß in dem Königsberger Prozeß die Integrität der Richter nicht bezweifelt werden kann, möchte aber den Justizminister aufmerksam machen auf die Kritik der Geschworenenurteile durch die Vorsitzenden der Schwurgerichte. Die Richter stehen nicht über dem Gesetz, sondern unter dem Gesetz. Ich bitte den Minister dringend, dafür zu sorgen, daß solche Ansprachen der Vorsitzenden an die Geschworenen ein für allemal ganz unterbleiben. (Zustimmung links.) Ferner verlangen wir eine Reform des Landtagswahlrechts. Die Forderungen der Landwirtschaft in dem Etat billigen wir durchaus, aber ich möchte einmal fragen, was eigentlich der Bund der Landwirte geleistet hat? (Sehr richtig! links.) In der Verhetzung leistet der Bund Großes, namentlich jetzt in der Verhetzung der Industrie des Westens aus Anlaß der Kanalvorlage. Wir freuen uns über die Schaffung von vier neuen Seminaren und acht Präparandenanstalten. Die Erhöhung der Mittel für die Volksschule kann die Schaffung eines Volksschulunterhaltungsgesetzes nicht überflüssig machen. An einem solchen Gesetze, welches unserem Kompromißantrag entspricht, werden wir gern mitarbeiten. Wenn die Bevölkerung die Ueberzeugung gewinnt, daß sie in einem gutverwalteten Staate wohnt, wird sie viele Lasten leichter tragen. Danach muß sich die Ausbildung unserer Verwaltungsbeamten richten. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben:

So wie Herr Friedberg es darstellte, liegt es mit den Anforderungen der Ressorts nicht. Sie sind nicht gewöhnt, Forderungen ins Gelag hinein zu stellen, sondern es handelt sich immer um Forderungen, die begründet sind. In den letzten zehn Jahren sind unsere Staatsverwaltungsausgaben um 224 Millionen gestiegen. Herr Friedberg sieht den Himmel voller Geigen und wünscht weitere Gehaltsverbesserungen. Ich hätte den erhöhten Wohnungsgeldzuschuß sehr gern in diesen Etat schon eingestellt, aber ich kann in dieser Beziehung nur pari passu mit dem Staatssekretär des Reiches gehen, und dieser erklärte, daß er die Mittel für den erhöhten Wohnungsgeldzuschuß noch nicht in den Reichsetat einstellen könnte. Trotzdem die Gehaltsfestsetzungen im wesentlichen abgeschlossen sind, haben wir doch durch Stellenzulagen für verschiedene Kategorien weiter gesorgt. Für die Förster ist in den letzten Jahren sehr Erhebliches geschehen. Namentlich haben sie eine ausreichende Dienstaufwandsentschädigung erhalten, es sind die Stellen vermehrt, sodaß sie früher zur Anstellung gelangen. Herr Friedberg will keine Steuern auf Vorrat bewilligen. Ich denke garnicht daran, Steuern auf Vorrat haben zu wollen, ich habe aber gesagt, daß die Reform der Einkommensteuer Ausfälle bringen kann, die wir durch weitere Progession und Besteuerung der Gesellschaften mit beschränkter Haftung wieder einbringen müssen. Eine Phönmacherei hat mir fern gelegen. Die Gesellschaften m. b. H. bestanden überhaupt noch nicht, als wir unser Einkommensteuergesetz machten, sonst wären sie damals schon besteuert worden. Sie stehen in dieser Hinsicht nicht anders als die Aktiengesellschaften. (Sehr richtig! rechts.) Um aber Besorgnisse zu zerstreuen, bemerke ich, daß ich die Assoziation einzelner Familienangehörigen, zum Beispiel um das Geschäft des verstorbenen Vaters weiterzuführen, nicht als der Besteuerung bedürftig ansehe. Das Gütertarifsystem hat sich als mangelhaft erwiesen durch die großen Verschiebungen im wirtschaftlichen Leben. Aendert man einen Tarif, so wird sofort eine andere Gruppe benachteiligt. Die Gütertarife sind aber fortgesetzt ermäßigt, und es sind allerlei Ausnahmetarife eingeführt worden. Der Satz pro Tonnenkilometer hat sich von 4,75 Pfennig im Jahre 1879 auf 3,58 Pfennig im Jahre 1902 ermäßigt. Die preußische Verwaltung kann in dieser Beziehung ein reines Gewissen haben, daß sie den Anforderungen des Wirtschaftslebens vollkommen gefolgt ist. Weil naturgemäß den guten Jahren wieder schlechte folgen, müssen wir in unserer Finanzgebarung die äußerste Vorsicht walten lassen. Die Handelsverträge werden in erster Linie der Landwirtschaft Nutzen bringen, aber selbstverständlich wünsche ich auch, daß sie der Industrie vorteilhaft sind. Aber in diesem Falle hat die Landwirtschaft ein Recht auf erste Berücksichtigung, weil sie bei den früheren Handelsverträgen zu kurz gekommen ist. (Beifall rechts.)

Justizminister Dr. **Schönstedt:**

Ich teile das Urteil des Abg. Friedberg und des Staatssekretärs im Reichstage, daß die Ansprachen von Gerichtsvorsitzenden an die Geschworenen nicht am Platze sind. Es ist schon in früheren Jahren aus ähnlichem Anlaß eine Verfügung ergangen, daß die Vorsitzenden gut täten, sich solcher Ansprachen zu enthalten. Als jetzt eine Beschwerde von Geschworenen an mich kam, habe ich daher an diese frühere Verfügung wieder erinnert. Es kann nur störend wirken, wenn die Gerichtsvorsitzenden sich für berechtigt halten, kritik an dem Spruch der Geschworenen zu üben, soweit nicht das Gesetz selbst in besonderen Fällen das nötig macht. Man hat die Teilnahme von Juristen an den staatswissenschaftlichen Fortbildungskursen empfohlen. An einem Kursus im letzten Jahre hat schon ein großer Teil von Juristen teilgenommen, es ist Richtern und Staatsanwälten Urlaub dazu erteilt worden, und ich habe die Stellvertretungskosten auf die Staatskasse übernommen. Auch in diesem Jahre wird es in derselben Weise geschehen, ich halte es für meine Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Justizbeamten sich nicht allein auf die juristischen Fragen beschränken, sondern sich auch mit wirtschaftlichen Fragen des praktischen Lebens vertraut machen. Nur für die Kurse, welche sich über ein volles halbes Jahr erstrecken, kann ich den Personen, welche nicht am Orte wohnen, natürlich keinen Urlaub erteilen.